Mittwoch, 24. Oktober 2012
Nachmittag

Vorsitz:	Standespräsidentin Elita Florin-Caluori / Standesvizepräsident Hans Peter Michel
Protokollführer:	Domenic Gross
Präsenz:	anwesend 117 Mitglieder
	entschuldigt: Augustin, Furrer-Cabalzar, Kleis-Kümin
Sitzungsbeginn:	14.00 Uhr

---

1. Aufsichtsbeschwerde gegen das Kantonsgericht Graubünden

Präsident der Kommission für Justiz und Sicherheit: Cavegn

Antrag KJS
1. Der Aufsichtsbeschwerde sei keine Folge zu geben.
2. Dem Beschwerdeführer seien keine Kosten zu überbinden.
3. Mitteilung an: William Traub, Eichhof 6b, 5608 Stetten, Dr. iur. Albert Pritzi, Kantonsrichter, Kantonsgericht von Graubünden, Finanzkontrolle, Finanzverwaltung, Standeskanzlei und Ratssekretariat

Abstimmung
Der Grosse Rat stimmt den Ziffern 1. – 3. des Antrages der KJS mit 89 zu 0 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.

2. Kommissionsauftrag KBK betreffend Fremdsprachenkonzept (Erstunterzeichnerin Locher Benguerel)

Erstunterzeichnerin: Locher Benguerel
Regierungsvertreter: Jäger

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

Antrag Locher Benguerel
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 92 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

3. Anfrage Claus betreffend Anforderungen der gymnasialen Ausbildung

Erstunterzeichner: Claus
Regierungsvertreter: Jäger

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

4. Anfrage Thöny betreffend Vorbereitung Aufnahmeprüfung Gymnasium

Erstunterzeichner: Thöny
Regierungsvertreter: Jäger

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

5. Auftrag Kappeler betreffend steuerliche Begünstigung von Photovoltaikanlagen

Erstunterzeichner: Kappeler
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

II. Beschluss Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 67 zu 37 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

6. Auftrag Nigg betreffend Verbesserung des Steuerklimas für juristische Personen

Erstunterzeichner: Nigg
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

Antrag Nigg
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

II. Beschluss Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 65 zu 37 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab.

7. Auftrag Trepp betreffend Angleichung der Löhne von Polizistinnen und Polizisten an das ostschweizerische Mittel

Erstunterzeichner: Trepp
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag abzulehnen.

II. Beschluss Der Grosse Rat lehnt die Überweisung des Auftrages mit 66 zu 23 Stimmen bei 7 Enthaltungen ab.

8. Anfrage Giacomelli betreffend Umsetzung der kantonalen Strategien zur Ausschöpfung des Potenzials für erneuerbare Energien im Kanton Graubünden

Erstunterzeichner: Giacomelli
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

9. Anfrage Hardegger betreffend Aufsicht über Stiftungen

Erstunterzeichner: Hardegger
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

Antrag Hardegger
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

10. Anfrage Peyer betreffend Praxis der Regierung bei der Vergabe von Studienaufträgen und dergleichen

Erstunterzeichner: Peyer
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

11. Anfrage Thöny betreffend Graubündner Kantonalbank und strategische Beteiligungen im Zusammenhang mit der Weissgeldstrategie USA

Erstunterzeichner: Thöny
Regierungsvertreterin: Janom Steiner

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

12. Fraktionsauftrag CVP betreffend Erarbeitung einer kantonalen Strategie zugunsten der Berggebiete im Nachgang zur Annahme der Zweitwohnungsinitiative (Erstunterzeichner Caduff)

Erstunterzeichner: Caduff
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag im Sinne ihrer schriftlichen Ausführungen zu überweisen.

Antrag Caduff
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag im Sinne der schriftlichen Ausführungen der Regierung mit 47 zu 44 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

13. Auftrag Peyer betreffend Ausbau der Datenerhebung (Statistik) im Kanton Graubünden

Erstunterzeichner: Peyer
Regierungsvertreter: Trachsel

I. Antrag Regierung Die Regierung beantragt, den Auftrag zu überweisen.

Antrag Peyer
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

II. Beschluss Der Grosse Rat überweist den Auftrag mit 69 zu 21 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

14. Anfrage Albertin betreffend Projekte Regionaler Entwicklung (PRE-Projekte), Stand der Strategiedefinition und deren Umsetzung

Erstunterzeichner: Albertin
Regierungsvertreter: Trachsel

Antrag Albertin
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung befriedigt.

15. Anfrage Casanova-Maron betreffend Bemessung der Sozialhilfe

Erstunterzeichnerin: Casanova-Maron
Regierungsvertreter: Trachsel

Antrag Casanova-Maron
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

Erklärung Die Anfragerin erklärt sich von der Antwort der Regierung nicht befriedigt.

16. Interpellanza di frazione PS concernente il progetto di area industriale a San Vittore (primo firmatario Thöny)

Erstunterzeichner: Thöny
Regierungsvertreter: Trachsel

Antrag Thöny
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

17. Anfrage Kunz (Chur) betreffend Auswirkungen der "Greater Zurich Area" (GZA) auf Graubünden

Erstunterzeichner: Kunz
Regierungsvertreter: Trachsel

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

18. Anfrage Schucan betreffend Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative/Vorschlag einer Erwerbsbewilligung

Alleinunterzeichner: Schucan
Regierungsvertreter: Trachsel

Antrag Schucan
Diskussion

Abstimmung
Der Grosse Rat beschliesst Diskussion mit offensichtlichem Mehr.

Erklärung Der Anfrager erklärt sich von der Antwort der Regierung teilweise befriedigt.

Schluss der Sitzung: 20.55 Uhr

Es sind folgende Vorstösse eingegangen:

Auftrag Bucher-Brini betreffend nachhaltiger Schaffung von Praktikumsplätzen und Lehrstellen für Ausbildungen im Gesundheitswesen

In den letzten Jahren wurde der bestehende und zukünftige Mangel an Pflege- und Betreuungspersonal vermehrt thematisiert, in verschiedenen Studien untersucht und am runden Tisch des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) besprochen. So wurde im Kanton Graubünden im Jahr 2009 vom Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit (DJSG) zum Thema ein runder Tisch installiert und in Zusammenarbeit mit dem Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement eine Studie zur Pflegeausbildung und zum Pflegepersonalmangel in Graubünden in Auftrag gegeben, deren Resultate Anfang 2010 vorlagen.

Zusammengefasst zeigt sich die Situation in Bezug auf die praktischen Ausbildungsplätze derzeit wie folgt:

Dreijährige Lehre zur Fachperson Gesundheit (FaGe): Zwar wurden in den letzten Jahren Lehrstellen geschaffen, im Vergleich zu anderen Kantonen bewegt sich die Anzahl Lehrstellen in Graubünden jedoch immer noch im unteren Bereich. In grösseren Spitälern werden vielfach nur etwa 15 bis 20 Prozent der Bewerbungen berücksichtigt. Da Personen mit einem grösseren Lernpotential mehrheitlich eine Lehrstelle in einem Akutspital anstreben, ist beispielsweise das Angebot für die lehrbegleitende Berufsmatura neben der Rekrutierung direkt von der Anzahl Lehrstellen in den Spitälern abhängig. In der Vergangenheit konnte nicht jedes Jahr eine Berufsmaturaklasse geführt werden, was wiederum den Mangel bei den höheren Ausbildungen verschärft.

Pflegeausbildung Höhere Fachschule (HF): Ab dem Jahr 2013 fehlen mindestens acht Praktikumsplätze in Akutspitälern, Tendenz steigend. In diesem Sommer mussten aufgrund fehlender Praktikumsplätze gute Bewerbungen abgewiesen werden, weil die praktische Ausbildung nicht garantiert werden konnte. Einblick-/Spezialpraktika für HF Lernende auf der Intensivstation, im Notfall/bei der Rettung, in den Kinderkliniken oder im Operationssaal werden von den Spitälern in den letzten Jahren nicht mehr angeboten, somit werden diese Bereiche auch weniger nachgefragt. Kantone mit einem breiten Praktikumsangebot – insbesondere im Akutbereich – sind gegenüber Graubünden klar im Vorteil.

Berufsbegleitende Spezialausbildungen für diplomierte Pflegefachpersonen HF wie Nachdiplomstudium in Intensivpflege, Operationsfachfrau/-mann, Notfall/Rettungssanität, Spitex: Hier ist die Zahl der praktischen Ausbildungsplätze seit Jahren rückläufig.

Berufsbegleitende Ausbildung in Aktivierungstherapie mit Schwerpunkt im Langzeitbereich: Trotz des besonders im Langzeitbereich erwarteten gravierenden Personalmangels im Pflege- und Betreuungsbereich zeigt eine kürzlich durchgeführte Umfrage bei potentiellen Ausbildungsbetrieben im Kanton, dass in Graubünden lediglich zwei bis drei Praktikumsplätze bereitgestellt würden. Obwohl in dieser Ausbildung auch in Graubünden ein Potential liegt, das Berufsfeld im Langzeitbereich attraktiver zu gestalten und weitere Personensegmente für die Betreuung von gebrechlichen und von Demenz betroffenen Personen zu gewinnen. Sofern die praktischen Ausbildungsplätze nicht gesichert werden können, wird es weiterhin nicht möglich sein, diese praxisnahe Ausbildung in Graubünden anzubieten, obwohl seitens weiterbildungswilliger Personen dafür eine Nachfrage besteht.

Trotz der Bemühungen und den Anstrengungen seitens des DJSG, die Pflicht zur Ausbildung von Pflege- und Betreuungspersonal auch in der einschlägigen Gesetzgebung zu verankern, hat sich in Bezug auf das Angebot an praktischen Ausbildungs-

plätzen (Praktikumsplätze/Lehrstellen) bisher wenig geändert. Das Angebot ist gegenüber den Vorjahren teilweise sogar rückläufig. Der limitierende Faktor in Bezug auf Ausbildung ist nicht mehr nur die Nachfrage nach einer Ausbildung im Pflege- und Betreuungsbereich, sondern auch das ungenügende Praktikumsplatzangebot, insbesondere im Bereich der Spitäler und der Spezialgebiete.

Neben der Erhöhung der Anzahl Ausbildungsplätze bzw. Abschlüsse muss der Erhöhung der Berufsverweildauer (BVD) von Pflege- und Betreuungspersonen ein ebenso grosses Gewicht eingeräumt werden (heute beträgt die BVD lediglich etwa 8 bis 12 Jahre). Erstens ist die Hebelwirkung einer solch bestandeswirksamen Intervention grösser und zweitens ist sie ökonomisch interessant, da die Ausbildung von zusätzlichen Pflege- und Betreuungsfachpersonen sehr kostenintensiv ist.

Um die nachhaltige Schaffung von Praktikumsplätzen und Lehrstellen für Pflege- und Betreuungsberufe (Ausbildungsplätze) und die sukzessive Erhöhung der Berufsverweildauer sicherzustellen, **ersuchen die Unterzeichnenden die Regierung Folgendes zu unternehmen:**

1. Das Angebot an Ausbildungsplätzen für die verschiedenen Pflege- und Betreuungsausbildungen im Kanton jährlich nach einheitlicher statistischer Grundlage zu erheben, diese mit dem approximativen Bedarf an ausgebildetem Personal pro Beruf zu vergleichen und im Rahmen des Jahresprogramms Bericht zu erstatten.
2. Die Vorgaben in Bezug auf das Angebot an Ausbildungsplätzen für die verschiedenen Ausbildungen und Betriebe zu konkretisieren und verbindlich zu erklären.
3. Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe im Gesundheitsbereich nachhaltig zu fördern und dazu weitergehende Regelungen für ein gezieltes finanzielles Anreizsystem zu implementieren.
4. Am zukünftigen Personalbedarf in den Pflege- und Betreuungsberufen orientierte und zahlenmässig definierte Leistungsaufträge an Spitäler, Heime und Spitexorganisationen zu erteilen unter besonderer Berücksichtigung der pflegerischen Spezialausbildungen und der Ausbildung in Aktivierungstherapie und Gerontologie.
5. Die Finanzierungssysteme von Pflegeheimen (u.a. in Bezug auf die Abrechnungskategorie Betreuungskosten), sowie von Spitex und Spitälern (Abrechnungskategorie gemeinwirtschaftliche Leistungen) mit Blick auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen zu überprüfen bzw. zu spezifizieren.
6. Der Verlängerung der Berufsverweildauer in den Pflege- und Betreuungsberufen als Hauptansatz gegen den Personalmangel Nachachtung zu verschaffen und wo notwendig Rahmenvorgaben zur Steuerung zu erlassen, z.B. durch Unterstützung von flexibleren Arbeitszeitmodellen und die Einrichtung von umfassenden Kinderbetreuungsangeboten; dazu ist unter anderem die Verweildauer in den Bündner Betrieben als Grundlage periodisch zu ermitteln.

Bucher-Brini, Hensel, Furrer-Cabalzar, Baselgia-Brunner, Dermont, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Jeker, Kappeler, Locher Benguerel, Meyer-Grass, Müller (Davos Platz), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Peyer, Pfenninger, Pult, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Trepp, Lauber, Monigatti, Rischatsch-Casaulta

Auftrag Casanova-Maron betreffend Zusammenführung Psychiatrische Dienste Graubünden (PDGR) und Kinder- und Jugendpsychiatrie Graubünden (KJP)

Die kantonalen psychiatrischen Kliniken sowie die kantonalen Wohnheime und Arbeitsstätten für psychisch behinderte Menschen sind in der selbständigen öffentlich rechtlichen Anstalt „Psychiatrische Dienste Graubünden“ (PDGR) organisiert und stellen im stationären und ambulanten Bereich die psychiatrische Versorgung der Erwachsenen im Kanton sicher.

Ebenfalls selbständig, in Form einer privatrechtlichen Stiftung, ist die Kinder- und Jugendpsychiatrie (KJP) tätig und nimmt denselben Versorgungsauftrag für die Kinder und Jugendlichen wahr. Beide Organisationen verfügen über einen Leistungsauftrag des Kantons, welcher ihre Aufgaben für die flächendeckende Leistungserbringung regelt und mit öffentlichen Mitteln abgeltet.

Eine Zusammenarbeit findet derzeit hauptsächlich bei der Notaufnahme von Kindern und Jugendlichen statt. Synergien zeichnen sich jedoch auch im Bereich der, für die flächendeckende Versorgung notwendigen, dezentralen Standorte im Kanton ab, da zurzeit beide Organisationen eigene Standorte betreiben. Zudem dürfte im Bereich der Verwaltung (Führung, Personal, Administration, Tarife, Rechnungswesen etc.) Synergiepotential vorhanden sein.

Die Entwicklung in verschiedenen Kantonen (AG, LU, SO, TG und SH) zeigt, dass Zusammenführungen der Erwachsenen- und der Jugendpsychiatrie unter die gleiche Trägerschaft durchaus sinnvoll und möglich sind.

Die Regierung wird beauftragt, das Synergiepotential einer Zusammenführung der PDGR und der KJP unter Beachtung des Patientenwohls abzuklären und die für die Umsetzung der erzielbaren Synergien erforderlichen Massnahmen einzuleiten.

Casanova-Maron, Hardegger, Cavegn, Barandun, Bezzola (Zernez), Bleiker, Caluori, Casutt-Derungs, Clalüna, Dosch, Engler, Furrer-Cabalzar, Geisseler, Giacomelli, Grass, Gunzinger, Hartmann (Champfèr), Hartmann (Chur), Holzinger-Loretz, Jenny, Kasper, Kollegger (Chur), Kollegger (Malix), Krättli-Lori, Kunz (Chur), Lorez-Meuli, Niederer, Niggli (Samedan),

Pfäffli, Steck-Rauch, Stiffler (Chur), Tscholl, Waidacher, Wieland, Candrian, Lauber, Müller (Susch), Patt (Tartar), Patt (Jenaz), Rischatsch-Casaulta, Schucan, Sgier

Auftrag Clalüna betreffend Rettungsorganisation auf den Graubündner Seen

Da sich immer wieder Fragen bezüglich der Zuständigkeit im Rettungswesen auf den Bündner Seen stellen, möchten wir mit unserem Vorstoss den Erlass eines Gesetzes bewirken, welches Zuständigkeit und Finanzierung der Seerettung regelt.

Die Gemeinden sind autonom, wenn das kantonale Recht diesen Bereich nicht abschliessend ordnet. Die örtliche Feuerwehr ist in der Regel für die Rettung zuständig. Diese sind bei der kantonalen Notrufalarmzentrale aufgeschaltet, und können ohne deren Freigabe keine Rettungsaktion einleiten, bekommen aber keine finanzielle Unterstützung bei der Ausbildung oder der Ausrüstung für die Seerettungseinsätze. Die nötigen Probeflüge mit dem Helikopter kommen nicht zustande, wenn die Rega keinen entsprechenden Auftrag vom Kanton hat und die entsprechenden Mittel erhält. Wohl bekommen die Feuerwehren Unterstützung der Kantonspolizei bei der Aus- und Weiterbildung der Wasserrettung, doch diese beschränkt sich auf den Sommer.

Auf den Oberengadiner Seen springen die Feuerwehrmänner bei Übungsflügen im Sommer aus ca. 9 m Höhe in den See. Sie verfügen über das Schwimmrettungsbrevet 1 und benutzen ihre privaten Trockenanzüge. Im Winter sind die Rettungsübungen im Eis aufwendiger. 1-2 Mal im Winter werden die Übungen mit „Opfer“ und Rettungsmänner, Angehörige der Feuerwehr, in einem Eisloch durchgeführt. Auch in diesem Fall kommen hier private Neoprenanzüge zum Einsatz.

An den betroffenen Seen im Oberengadin, Arosa, Davos und der Lenzerheide führen zum Teil stark befahrene Kantonsstrassen an den Ufern entlang. Zusätzlich führt über die Engadiner Seen eine Flugschneise zum Flughafen Samedan. Das BAZL schreibt in diesem Fall eine organisierte Seerettung vor.

In allen angesprochenen Gemeinden wird teils mehr, teils weniger für die Seerettung gemacht. Alle sind sich einig, dass es hier ein Gesetz braucht und hoffen auf eine zukunftsorientierte, gemeinsame Lösung.

In Anbetracht dieser Fakten ist es nicht zu verantworten, dass einzelne Gemeinden für eine Konzeptausarbeitung und deren Ausführung der Seerettung in diesem grossen Ausmass alleine in der Verantwortung stehen.

Die Regierung wird beauftragt, ein kantonales Gesetz auszuarbeiten, das die Zuständigkeit und die Finanzierung des Rettungswesens für die Bündner Seen regelt.

Clalüna, Hartmann (Champfèr), Kollegger (Malix), Aebli, Bezzola (Zernez), Bondolfi, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Campell, Casty, Casutt-Derungs, Cavegn, Dosch, Dudli, Engler, Furrer-Cabalzar, Giacomelli, Grass, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Jenny, Kollegger (Chur), Locher Benguerel, Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Marti, Michael (Donat), Müller (Davos Platz), Niederer, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Pedrini, Perl, Pfäffli, Steck-Rauch, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Thöny, Farrér, Monigatti, Müller (Susch), Müller (Haldenstein), Patt (Jenaz), Scartazzini, Schucan

Auftrag Casutt-Derungs betreffend Ausarbeitung und Umsetzung einer Strategie für ein dezentrales Mittel- und Berufsschulangebot

Es ist eine Tatsache, dass die Schülerzahlen aufgrund der demographischen Entwicklung im Kanton Graubünden stark rückläufig sind. Gemäss statistischen Erhebungen des EKUD wird in den nächsten zehn Jahren allein auf Stufe Mittelschule mit einem Schülerrückgang von rund 600 Lernenden, von heute rund 2'200 auf knapp 1'600 Lernende im Kanton Graubünden gerechnet. Diese Entwicklung wird besonders die Randregionen hart treffen. Etliche Schulen der Sekundarstufe 2 haben heute bereits grosse Probleme, die erforderliche Anzahl Lernende zu rekrutieren, was sich natürlich negativ auf die Kostenstruktur der betroffenen Schulen auswirkt. Es droht ein bildungspolitischer Kahlschlag in den Regionen.

Artikel 89 Absatz 3 der Kantonsverfassung formuliert folgenden bildungspolitischen Auftrag: "Der Kanton sorgt für den Mittelschulunterricht, die berufliche Aus- und Weiterbildung sowie den Zugang zu höheren Fachschulen und Hochschulen. Zu diesem Zweck kann er Schulen führen oder unterstützen. Er achtet auf ein dezentrales Mittel- und Berufsschulangebot und fördert höhere Fachschulen und Hochschulen im Kanton."

Anlässlich der Schliessung der Bündner Fachschule für Pflege (BFP) in Ilanz bekräftigte die Bündner Regierung in ihrem Beschluss vom 31. Oktober 2006 (Protokoll Nr. 1211) ihren Willen, das nachobligatorische Ausbildungsangebot auf der Sekundarstufe 2 am Standort Ilanz weiterhin mitzutragen und mitzufördern. Die demographische Entwicklung ist heute nicht nur ein spezifisches Problem der Surselva, sondern des ganzen Kantons. Daher ist es höchste Zeit, für den Sek. 2-Bereich eine kantonale Strategie für den ganzen Bildungsstandort Graubünden zu entwickeln. Darin soll den Vorgaben der Kantonsverfassung nach einem dezentralen Mittel- und Berufsschulangebot Rechnung getragen werden.

Die Regierung wird beauftragt, innerhalb der nächsten drei Jahre (RP 2013–2016) eine Strategie für ein dezentrales Mittel- und Berufsschulangebot auf der Sekundarstufe 2 auszuarbeiten und umzusetzen.

Casutt-Derungs, Meyer-Grass, Parolini, Albertin, Berther (Disentis/Mustér), Berther (Camischolas), Blumenthal, Bondolfi, Bucher-Brini, Buchli-Mannhart (Safien-Platz), Caduff, Caluori, Casutt, Cavegn, Clalüna, Darms-Landolt, Della Vedova, Dermont, Dosch, Fallet, Fasani, Foffa, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Geisseler, Hitz-Rusch, Kappeler, Kleis-Kümin, Kollegger (Malix), Mani-Heldstab, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Niederer, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Righetti, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), Zanetti, Buchli (Felsberg), Camathias, Degonda, Hensel, Monigatti, Patt (Jenaz), Scartazzini, Schlatter, Schucan, Sgier

Anfrage Zweifel-Disch betreffend kantonale Koordination bei der Integration von ausländischen Kindern in der Volksschule

In vielen Gemeinden des Kantons stellen wir seit einigen Jahren eine erhebliche Erhöhung des Ausländeranteils bei den Schulkindern fest. Immer mehr Gemeinden und ihre Schulen stehen vor der schwierigen Aufgabe, dass Kinder ohne oder mit nur ungenügenden Kenntnissen der Schulsprache in allen Altersstufen eingeschult werden müssen.

Diese Kinder und oft auch ihre Eltern haben neben der fehlenden Schulsprache wenig bis keine Vorstellungen unserer Kultur und den hiesigen sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen. Eine Integration wird damit sehr schwierig und vor allem sehr teuer für die einzelnen Gemeinden. Auf eine Unterstützung der Eltern kann in den meisten Fällen nicht gerechnet werden. Hingegen sind die Erwartungen an die Schule bei vielen dieser Eltern gross.

Durch eine mehrere Gemeinden zusammenfassende Integrationsschule könnten verschiedene, u.a. auch soziokulturelle, Lebensbereiche dieser Familien erfasst werden. So könnten die Eltern gezielt mit einbezogen werden, was zur Unterstützung ihrer Kinder in schulischen Belangen von grosser Bedeutung ist.

Wenn wir bereit sind, Geld für integrative Massnahmen schon bei Kleinkindern, Vorschule und ersten Primarklassen einzusetzen und ein gewisses Mass an Elternbildung anbieten, wird uns dies insgesamt günstiger zu stehen kommen. Grosse Kosten in der Integration von ausländischen Schulkindern entstehen heute nicht nur bei Schulbeginn, sondern auch in den höheren Klassen durch die verschiedensten Sondermassnahmen. Dies kann durch ein Gesamtkonzept einer Integration von Beginn der schulischen Laufbahn eines Kindes an zugunsten des Kindes, aber auch der Gemeinde wesentlich effizienter gestaltet werden. Auch die spätere berufliche Eingliederung wird damit um vieles einfacher und erfolgsversprechender. Mit den heutigen Integrationsbemühungen haben viele Kinder mit ausländischen Eltern kaum eine Chance, einen Beruf zu erlernen.

Zusammenfassend muss gesagt werden, dass der Integrationsbedarf von ausländischen Kindern wie auch ihrer Eltern auf den verschiedenen Ebenen (Sprache, Sozialisation, Kultur) durch die heute bestehenden Massnahmen zur Integration in den einzelnen Gemeinden nur teilweise bis schlecht abgedeckt wird; die häufig lokalen und individuellen Angebote sind aufwendig und erreichen nur zum Teil die Eltern. Im Weiteren glauben Schulverantwortliche nicht mehr daran, dass eine gelingende Integration über die Regelstrukturen stattfinden kann.

Die Unterzeichnenden haben nun folgende Fragen:

1. Ist es aus Sicht der Regierung möglich, regionale Lösungen zur Integration der fremdsprachigen Kinder durch Integrationsschulen zu fördern und zu koordinieren?
2. Gibt es Optimierungspotenzial dahingehend, dass die involvierten Ämter enger zusammenarbeiten und die vorhandenen Mittel optimal, im Sinne der Sache zur Förderung der Integration, einsetzen?
3. Sieht die Regierung Möglichkeiten zur Unterstützung von Pilotprojekten, bei denen möglichst auf vorhandene Institutionen aufgebaut wird (z.B. Palottis, Schiers und Schule St. Catharina, Cazis)?

Zweifel-Disch, Locher Benguerel, Kleis-Kümin, Augustin, Baselgia-Brunner, Berther (Camischolas), Bezzola (Samedan), Blumenthal, Brandenburger, Bucher-Brini, Casanova-Maron, Casutt, Clalüna, Darms-Landolt, Dermont, Dosch, Engler, Gartmann-Albin, Giacomelli, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Kasper, Kunz (Fläsch), Kunz (Chur), Märchy-Caduff, Meyer-Grass, Müller (Davos Platz), Niederer, Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Peyer, Pult, Steck-Rauch, Stiffler (Chur), Thöny, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), Trepp, Waidacher, Wieland, Zanetti, Farrér, Hensel, Lauber, Monigatti, Patt (Tartar), Patt (Jenaz), Schlatter

Anfrage Niederer betreffend Folgen der Euro-Krise für Graubünden

„Wenn in Europa alle Dämme brechen, wird auch die Schweiz mehr oder weniger stark unter Wasser stehen“, sagte Bundespräsidentin Eveline Widmer-Schlumpf anlässlich ihrer diesjährigen 1.-August-Ansprache. Und sie spielte damit auf die Möglichkeit an, dass Griechenland und in der Folge allenfalls weitere hoch verschuldete europäische Staaten wie Portugal, Spanien, Irland oder Italien aus der Währungsunion austreten müssten.

Ein Auseinanderbrechen des Euroraumes, was trotz des Inkraftsetzens des dauerhaften Euro-Rettungsschirmes (ESM) nicht ausgeschlossen scheint, hätte damit auch für Graubünden Konsequenzen.

In diesem Sinne ersuchen die Unterzeichnenden die Regierung um die Beantwortung der nachfolgenden Fragen.

1. Welche Folgen hätte ein Auseinanderbrechen des Euroraumes für
   a) die Bündner Volkswirtschaft im Allgemeinen?
   b) den Staatshaushalt Graubündens?
   c) Anstalten des Kantons, wie die Graubündner Kantonalbank, die Pensionskasse des Kantons Graubünden etc.?
2. Welche Strategien verfolgt die Regierung zur allfälligen Abfederung negativer Folgen der Euro-Krise für Graubünden?
3. Hat die Regierung bereits Massnahmen ergriffen oder gedenkt sie, solche zu ergreifen?

Niederer, Hartmann (Chur), Kappeler, Albertin, Augustin, Berther (Disentis/Mustér), Berther (Camischolas), Blumenthal, Bondolfi, Caduff, Casutt-Derungs, Cavegn, Clalüna, Della Vedova, Dermont, Dosch, Fasani, Foffa, Geisseler, Gunzinger, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Kleis-Kümin, Kollegger (Malix), Krättli-Lori, Lorez-Meuli, Märchy-Caduff, Michael (Donat), Noi-Togni, Parolini, Rosa, Stiffler (Chur) , Tenchio, Tomaschett (Breil), Tomaschett-Berther (Trun), Zanetti, Camathias, Degonda, Haltiner, Lauber, Patt (Jenaz), Rischatsch-Casaulta, Schucan

Anfrage Bucher-Brini betreffend psychiatrische Versorgung der Kinder und Jugendlichen im Kanton Graubünden

Die Kinder- und Jugendpsychiatrie Graubünden (KJP-GR) stellt seit Jahren die psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen im ganzen Kanton gemäss individuellem Leistungsauftrag der Regierung (Prot. 380) sicher.

Im Zusammenhang mit der Behandlung des Psychiatrie-Organisationsgesetzes in der Oktobersession 2012 sind zur Aufgabe und Organisation des KJP-GR Fragen zur Abgrenzung zum PDGR diskutiert worden.

Die unterzeichnenden Grossräte bitten um Abklärung der folgenden Fragen über Qualität und Effizienz des KJP-GR:

1. Wie steht die KJP-GR im Vergleich der Kosteneffizienz zu anderen Kantonen?
2. Wie beurteilt die Regierung die Qualität der KJP-GR?
3. Sieht die Regierung namhafte Vorteile, wenn die KJP-GR unter eine Holdingstruktur des PDGR gestellt wird? Sind diese in Qualität- oder Kostenverbesserungen nachvollziehbar?
4. Ist es nachweisbar, dass in Kantonen, in denen die Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Erwachsenenpsychiatrie zusammengeführt wurden, finanziell und qualitativ anderen Formen überlegen sind?
5. Betrachtet die Regierung die gesundheitliche Diversifizierung zwischen Kinder/Jugendlichen und Erwachsenen in der Behandlung von psychischen Krankheiten als notwendig? Dies sowohl in der Betrachtung nach örtlicher, ärztlicher, finanzieller, organisatorischer Unterscheidung, als auch aus Sicht des Patientenwohls?

Bucher-Brini, Niggli-Mathis (Grüsch), Marti, Albertin, Augustin, Baselgia-Brunner, Berther (Camischolas), Bleiker, Blumenthal, Brandenburger, Caduff, Casutt-Derungs, Della Vedova, Dermont, Dudli, Frigg-Walt, Gartmann-Albin, Hartmann (Champfèr), Hitz-Rusch, Jaag, Jeker, Jenny, Kleis-Kümin, Kollegger (Chur), Kollegger (Malix), Krättli-Lori, Locher Benguerel, Meyer-Grass, Müller (Davos Platz), Niederer, Noi-Togni, Perl, Peyer, Pfenninger, Pult, Rosa, Stiffler (Davos Platz), Tenchio, Thöny, Trepp, Waidacher, Degonda, Hensel, Lauber, Monigatti, Müller (Susch), Patt (Tartar), Patt (Jenaz), Rischatsch-Casaulta, Schlatter

Für die Genehmigung des Protokolls

durch die Redaktionskommission:

Die Standespräsidentin: Elita Florin-Caluori

Der Protokollführer: Domenic Gross